

IFSH-Forschungsprogramm
2001/2002

Die Zivilisierung des Konflikts

Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung mit zivilen Mitteln

Mai 2001

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorüberlegungen zum Charakter moderner Gewaltkonflikte	3
2.	Gegenstand und Ziele	5
3.	Forschungsrahmen und Forschungsfelder	6
4.	Forschungsvorhaben 2001/2002	9
4.1	Grundsatzfragen der Gewaltprävention und zivilen Konfliktbearbeitung	9
4.2	Krisenprävention und Friedenskonsolidierung als Aufgabe von VN, OSZE und EU	9
4.2.1	Arbeitsfelder und -instrumente der VN und der OSZE	9
4.2.2	Arbeitsfelder und -instrumente der EU	11
4.2.3	Ausbildung und Information von Mitgliedern ziviler VN- und OSZE-Missionen	11
4.3	Aufgabenfelder der Zivilisierung von Gewaltkonflikten	12
4.3.1	Zivilisierung von Konflikten durch Demokratisierung	12
4.3.2	Zivilisierung von Konflikten durch Verrechtlichung	12
4.3.3	Zivilisierung von Konflikten durch nachhaltige Entwicklung	13
4.4	Die zivile Einbindung des militärischen Faktors	13
4.4.1	Reform und demokratische Kontrolle von Streitkräften	13
4.4.1.1	Deutschland: Bundeswehrreform-Projekt	14
4.4.1.2	Mittel-, Südost- und Osteuropa: Baudissin-Fellowship	14
4.4.1.3	Entwicklungsländer: Sicherheitssektorreform-Projekt und Datenbank	14
4.4.2	Quantitative, qualitative und präventive Begrenzung militärischer Kapazitäten durch Rüstungskontrolle und Abrüstung	14
4.4.2.1	Konzeptionelle Fragen der Rüstungskontrolle	15
4.4.2.2	Nukleare Rüstungskontrolle und Raketenabwehr	15
4.4.2.3	Europäische Rüstungskontrolle	15
4.4.2.4	Präventive Rüstungskontrolle	15
4.5	Regionale Schwerpunkte Balkan, Kaukasus, Zentralasien	16
4.5.1	Balkan	16
4.5.2	Kaukasus	16
4.5.3	Zentralasien	16
4.5.4	Osteuropa und Russland	17
4.5.5	Asien	17
4.5.6	Naher Osten	17
5.	Forschungsorganisatorischer Ausblick	17
5.1	Nationale und internationale Kooperation	17
5.2	Personaleinsatz und Qualifizierung	19

IFSH-Forschungsprogramm 2001/2002

Die Zivilisierung des Konflikts

Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung mit zivilen Mitteln

Das vorliegende Forschungsprogramm gilt für die Jahre 2001 und 2002, schließt über die Laufzeiten bewilligter bzw. geplanter Forschungsvorhaben partiell auch das Jahr 2003 mit ein. Bestandteil dieses Programms sind die als Anlagen beigefügten Forschungspläne der Arbeitsbereiche I, II, IV sowie III (CORE). Das IFSH-Forschungsprogramm, das im Frühjahr 2001 vom Institutsrat des IFSH verabschiedet wurde, wird jährlich fortgeschrieben und nach jeweils fünf Jahren einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen.

1. Vorüberlegungen zum Charakter moderner Gewaltkonflikte

Die Satzung des IFSH verpflichtet das Institut auf die "Durchdenkung der Probleme der Friedenssicherung" und die "Anfertigung von sicherheitspolitischen Studien unter spezifisch europäischen und deutschen Aspekten" (§ 2, Abs. 2, 1 u. 3). Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Satzung im Jahre 1980 waren damit vor allem "Bestandsaufnahme und laufende[n] Orientierung über das strategische Denken in Ost und West" (Satzung, § 2, Absatz 2, 4) gemeint. Heute gilt es, diesen Satzungsauftrag unter grundlegend veränderten Bedingungen neu zu interpretieren.

Die auf wechselseitige nukleare Drohung gestützte, damit scheinbar unaufhebbare und von vielen deswegen für dauerhaft gehaltene bipolare Ordnung der Ost-West-Konfrontation hat sich in historisch beispiellos kurzer Zeit aufgelöst, weil die realsozialistische Staaten- und Gesellschaftswelt an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gegangen ist. Hinter der Fassade dieser alten "Ordnung" kam eine als neu empfundene Unübersichtlichkeit internationaler Beziehungen zum Vorschein, die zwar in manchem an das bekannte Muster traditioneller Staatenkonkurrenz erinnert, aber auch unübersehbar neue Züge trägt. Gut ein Jahrzehnt nach dieser Zeitenwende ist es der Theorie Internationaler Beziehungen noch nicht gelungen, ein schlüssiges Erklärungsmuster dieses neuen Systems internationaler Beziehungen zu entwerfen. Dennoch sind vier sich wechselseitig beeinflussende Entwicklungstendenzen auszumachen, deren heute erst in Ansätzen geleistete Verknüpfung einmal die Grundlage einer modernen Theorie Internationaler Beziehungen schaffen könnte: Globalisierung, Eine Weltmacht, Regionalisierung und Fragmentierung.

Globalisierung bedeutet wechselseitige Abhängigkeit, Interdependenz von Staaten und Gesellschaften, angetrieben von einer wissenschaftlich-technologischen Revolution, für welche die Begriffe Informations-, Bio- und Mikrotechnologien kaum mehr als Hinweise darstellen, die auf das Tempo dieser Prozesse schließen lassen. Interdependenz meint zum einen wechselseitige Abhängigkeit von gemeinsamen Problemen, die kein Staat mehr allein lösen kann. Interdependenz bedeutet aber auch globalen Wettbewerb, globale Arbeitsteilung, höhere Gesamteffizienz und die Chance zu globaler Kooperation. Wie alle machtbezogenen Beziehungen ist auch Interdependenz grundsätzlich asymmetrisch angelegt: Reiche und mächtige Länder haben mehr Mittel, um mit den Gefahren fertig zu werden, und sie haben größere Möglichkeiten, die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Globalisierungsprozesse führen zu einer raschen Relativierung der Handlungsmöglichkeiten von Staaten, zu diesen treten inter-

nationale Organisationen, transnationale Konzerne und Nichtregierungsorganisationen als neue Akteure in der internationalen Politik. Da die Globalisierung eine grundlegende und dauerhaft wirksame Entwicklungsrichtung des Systems internationaler Beziehungen darstellt, die letztlich jede Konfliktkonstellation direkt oder indirekt beeinflusst, muss ihre Bearbeitung auch in einem auf Europa konzentrierten Forschungsinstitut wie dem IFSH eigenständigen institutionellen Ausdruck finden. Deswegen hat das IFSH 1993 die Einrichtung des Arbeitsbereichs "Weltinnenpolitik" (AB IV) beschlossen.

Es gibt heute nur noch *eine Weltmacht*, die in allen Aspekten Weltmacht ist. Insbesondere in der militärischen Dimension sind die USA allen anderen Staaten um eine qualitative Dimension voraus. Diesen Vorsprung wird in den kommenden Jahrzehnten kein Staat aufholen können. Die Vereinigten Staaten von Amerika treten allerdings nicht nur als "wohlwollender Hegemon" auf, sondern auch als eine Macht, die ihr militärisches Dispositiv zuweilen unilateral zur Durchsetzung wirtschaftlicher oder politischer Interessen nutzt. In nahezu allen Politikfeldern verfolgen die USA heute eine teils deutlich weniger kooperativ und auf multilaterale Problemlösungen ausgerichtete Politik als die Europäische Union. Damit entstehen auf den klassischen Feldern von transatlantischer Kooperation und begrenztem Konflikt neue Kommunikations- und Koordinationserfordernisse, deren Zusammenhang mit dem nach wie vor vorhandenen Vorrat grundlegender Gemeinsamkeiten die Arbeitsbereiche "Rüstungskontrolle und Abrüstung" (AB I) und "Europäische Sicherheit" (AB II) auf neue Fragestellungen verweist.

Regionen bezeichnen subglobale Verdichtungsräume von Interdependenz. Regionalisierung kann eines, mehrere oder alle gesellschaftlichen Teilsysteme erfassen. OSZE-Europa steht für eine gemeinsame normative Basis, einen politischen Handlungszusammenhang und einen, wenn auch noch schwach strukturierten, sicherheitspolitischen Raum. Zwischen Atlantik und Ural sorgt der KSE-Vertrag für ein ungleich dichteres Rüstungskontrollregime. NATO-Europa stellt die höchste institutionelle Form sicherheitspolitischer Integration in der europäischen Großregion dar. In der EU kommen schließlich (fast) alle gesellschaftlichen Systeme in einer teils inter-, teils supranational organisierten Institution neuen Typs zur Deckung. Vergleichbare, wenn auch meist schwächer ausgebildete Regionalisierungstendenzen sind auch in anderen Weltteilen auszumachen. Regionalisierungsprozesse stellen damit ein eigenständiges Phänomen inter- und transnationaler Beziehungen dar, das sich weder auf die nationalstaatliche noch die globale Ebene reduzieren lässt. Dies unterstreicht die fortbestehende Notwendigkeit eines Arbeitsbereichs "Europäische Sicherheit" am IFSH und hat gleichzeitig zur Gründung des Zentrums für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) Anfang 2000 beigetragen. Mit der Einrichtung von zwei Arbeitsbereichen, die sich mit der engeren bzw. weiteren Region Europa befassen, unterstreicht das IFSH seine satzungsgemäße Ausrichtung auf Europa.

Asymmetrische Interdependenz führt zu Globalisierungsgewinnern und -verlierern. Letztere leiden häufig unter Staatsschwäche, Staatszerfall, Staatszusammenbruch und nachfolgenden komplexen humanitären Notlagen. Staatszerfall meint, dass elementare Staatsfunktionen wie innere und äußere Sicherheit, Infrastruktur, Minimalversorgung etc. nicht mehr aufrechterhalten werden können. In der Folge kommt es zu mehrdimensionalen und in aller Regel gewaltsam ausgetragenen *Fragmentierungsprozessen* entlang ethnopolitischer religiöser und/oder regionaler Bruchlinien. Solche Konflikte sind primär innenpolitischer Natur, ziehen allerdings in der Regel erhebliche zwischenstaatliche Konsequenzen nach sich. Prozesse von Staatszerfall beschränken sich zwar keineswegs auf die postkommunistischen Transformationsländer im OSZE-Raum, diese stellen jedoch den primären regionalen Schwerpunkt der Forschung des IFSH dar. Wegen ihrer Multidimensionalität und der vielfach fehlenden innen-

politischen Partner stellen Konflikte dieses Typs qualitativ neue Herausforderungen an Regulierungsversuche externer Akteure dar. Diesem Themenkomplex widmet sich für den OSZE-Raum vor allem CORE.

2. Gegenstand und Ziele

Das Forschungsprogramm des IFSH richtet sich auf Fragen der Gewaltprävention und der Zivilisierung von Konflikten in einem weiten Sinne. Dies schließt die Bearbeitung von Grundsatzzfragen, die Analyse globaler Probleme und Bezüge, die Untersuchung gesellschaftlicher Teilbereiche als Ursachenkomplexe und Austragungsfelder, der Rolle und Instrumente internationaler Akteure bei der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung sowie die Frage der zivilen Einbindung des militärischen Faktors ein. Darin eingebunden ist die Frage internationaler und interinstitutioneller Konkurrenz und Kooperation. Eine solche weite Fragestellung ist schon deshalb notwendig, um nicht durch vorschnelle Festlegung und Spezialisierung bestimmte Dimensionen des Gesamtprozesses auszublenden. Das IFSH nimmt dabei bewusst in Kauf, nicht immer alle Aspekte innerhalb eines Themengebietes gleichzeitig bearbeiten zu können.

Das übergeordnete Ziel der Forschungsaktivitäten des IFSH ist es, zu einem besseren wissenschaftlichen Verständnis der Dynamik von Gewaltkonflikten zu kommen, darauf aufbauend politische Handlungsoptionen zu entwerfen und dadurch auf wissenschaftlicher Grundlage zu einer Zivilisierung von Konflikten beizutragen.

Grundsatzfragen der Gewaltprävention stellen das übergreifende Arbeitsfeld des Instituts dar, zu dem alle Arbeitsbereiche in gemeinsamen Vorhaben beitragen.

Bei der Untersuchung der *Ursachenkomplexe und Austragungsfelder gewaltsamer Konflikte* konzentriert sich das IFSH langfristig auf die Themenbereiche Demokratisierung, Verrechtlichung internationaler Beziehungen, und nachhaltige Entwicklung sowie deren Wechselwirkungen.

Für die Analyse der *Rolle internationaler Akteure* bei der zivilen Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, der Wirksamkeit ihrer Instrumentarien sowie ihrer interinstitutionellen Kooperation legt das Forschungsprogramm den Schwerpunkt auf jene drei Organisationen, die für Europa die größte Bedeutung haben: VN, OSZE und EU, ergänzt durch die NATO und den Europarat. Dazu kommt als weiterer Schwerpunkt die Ausbildung und einsatzbezogene Information künftiger Mitglieder in zivilen Missionen der VN und der OSZE.

Die *zivile Einbindung des militärischen Faktors* soll zum einen anhand der Reform und demokratischen Kontrolle von Streitkräften bzw. des gesamten Sicherheitssektors, zum anderen hinsichtlich der quantitativen und qualitativen Begrenzung militärischer Kapazitäten durch Rüstungskontrolle und Abrüstung untersucht werden.

Die regionalen Schwerpunkte dieses Arbeitsprogramms sind *Balkan, Kaukasus und Zentralasien*. Zusätzlich ist die flankierende Erörterung von Fragestellungen erforderlich, die sich auf ganz Osteuropa/Russland, Asien und den Nahen Osten beziehen. Diese regionale Schwerpunktsetzung soll langfristig aufrechterhalten werden.

Das IFSH stellt über seine Forschungstätigkeit im engeren Sinne hinaus forschungsbezogene Dienst- und Transferleistungen einschließlich regelmäßig erscheinender Standardpublikatio-

nen bereit. Wie aus dem vorliegenden Forschungsprogramm zu ersehen ist, soll dieser Bereich ausgeweitet werden. Dass dies nicht zu Lasten der Forschung geschehen darf, erschließt sich bereits aus dem Umstand, dass die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen längerfristig nur auf einer soliden Forschungsbasis und den damit verbundenen Lern- und Qualifizierungsprozessen der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen erfolgen kann.

3. Forschungsrahmen und Forschungsfelder

Ziel dieses Abschnitts ist es, die zentralen Forschungsfelder des IFSH zu benennen und gegenüber anderen möglichen Fragestellungen abzugrenzen, um so einen Rahmen für die Forschungstätigkeit des Instituts zu schaffen.

Das IFSH bearbeitet *Grundsatzfragen der Gewaltprävention und zivilen Konfliktbearbeitung*. Der Themenkomplex Gewaltprävention repräsentiert auch nach einem Jahrzehnt der (Neu-)Befassung immer noch mehr Fragen als konzeptionelle Antworten, geschweige denn erklärungskräftige Theorien. Die Fülle unterschiedlicher, häufig unverbundener und teils widersprüchlicher Ansätze ist meist induktiv aus Fallbeispielen gewonnen worden.

Das IFSH betreibt Forschungsarbeiten, die auf eine größere Verallgemeinerbarkeit von Aussagen im Bereich Gewaltprävention zielen. Solche Arbeiten können sich schwerpunktmäßig auf Ursachenkomplexe, Akteure, Instrumente, die Verbindung unterschiedlicher disziplinärer Ansätze oder die Einführung bisher nicht ausreichend genutzter Theoriefelder bzw. eine Kombination dieser Aspekte konzentrieren. Angesichts des geringen Theoretisierungsgrades in diesem Forschungsbereich kommt dabei empirisch-analytischen Vorhaben, die auf induktivem Wege zu allgemeineren Aussagen kommen wollen, nach wie vor eine Schlüsselrolle zu. Aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung beteiligen sich alle Arbeitsbereiche des IFSH an der Bearbeitung dieser Fragestellung.

Einen weiteren Forschungsschwerpunkt, der aus unterschiedlichen Blickwinkeln insbesondere von den AB II und IV sowie von CORE bearbeitet wird, stellt das Themenfeld *Krisenprävention und Friedenskonsolidierung als Aufgabe von VN, OSZE und EU* dar. Dabei werden der Europarat und andere internationale und nationale Akteure einbezogen, die NATO insofern und insoweit es die Fragestellung erfordert. CORE befasst sich schwerpunktmäßig mit den Aktivitäten der OSZE, bezieht aber grundsätzlich in einem integralen Ansatz die der anderen internationalen Organisationen mit ein. Eine neue Schwerpunktsetzung verlangen die wachsenden Aktivitäten der EU im Bereich der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, die in Zusammenarbeit von AB II (primär EU-Sicht) und CORE (primär interinstitutionelle Kooperation) bearbeitet werden sollen.

Im Unterschied zu militärischen *Peace Keeping*-Operationen ist der internationale Kenntnisstand über Arbeitsweise und Wirkungsparameter ziviler multifunktionaler Vor-Ort-Missionen insbesondere der VN und der OSZE als sehr gering zu bewerten. Hier geht es zum einen darum, die Ausformung und Wirkungsweise spezifischer Instrumente von der klassischen Vermittlung über das breite Spektrum Demokratie-bezogener Aktivitäten bis hin zu exekutiven internationalen Polizeieinsätzen und dem klassischen *Peace Keeping* zu untersuchen. Einen weiteren Untersuchungsgegenstand stellen die komparativen Vorteile der verschiedenen internationalen Organisationen dar, die jeweils über ein spezifisches Potential struktureller und operativer Instrumente verfügen, sowie ihre Konkurrenz und Kooperation. Aufbauend darauf sind die Effektivität und Effizienz solcher Einsätze sowohl aus binnenorganisatorischer Sicht als auch, und das ist entscheidend, hinsichtlich ihrer stabilisierenden Wirkung auf den jeweiligen Konflikt zu untersuchen.

Im Bereich der wissenschaftsgestützten Dienstleistungen befasst sich CORE auf der Grundlage seiner bisherigen Aktivitäten (Beteiligung am Ausbildungsgang des Auswärtigen Amtes für Mitglieder ziviler VN- und OSZE-Missionen) weiterhin mit Fragen der Ausbildung von und Bereitstellung spezifischer Information für künftige Missionsmitglieder. Dabei sollen insbesondere solche Fragen bearbeitet werden, die - wie die Bereitstellung landes- und konflikt-spezifischer Information oder die Evaluierung von Ausbildungsstandards - eine hohe Wissenschaftsnähe aufweisen.

Die inhaltlichen *Aufgabenfelder der Zivilisierung von Gewaltkonflikten* stellen einen weiteren Forschungsschwerpunkt des IFSH dar, der zwar empirisch von dem o.g. akteursorientierten Ansatz nicht zu trennen ist, aber aus forschungsstrategischen Gründen einer eigenständigen Fokussierung bedarf. Das IFSH konzentriert sich seit langem auf drei zentrale inhaltliche Felder der Zivilisierung von Gewaltkonflikten: Demokratisierung, Verrechtlichung internationaler Beziehungen sowie nachhaltige Entwicklung. Diese drei Bereiche repräsentieren derart große Forschungsfelder, dass durch das vergleichsweise kleine IFSH eine umfassende Bearbeitung nicht zu leisten ist. Entscheidend für die Forschungsorientierung des Instituts ist der konkrete Konfliktbezug der drei Problemfelder. Was Theorien internationaler Beziehungen betrifft, so ist das IFSH primär auf der Nachfrageseite nach erklärungskräftiger Theorie positioniert, die zur Strukturierung empirisch-analytischer Untersuchungen beitragen können. Obwohl daraus auch Beiträge zur Theoriebildung folgen können, betrachtet sich das IFSH nicht als originären Theorieproduzenten.

Beim Themenkomplex *Demokratie/Demokratisierung durch externe Akteure* wird im Gegensatz zu einem auf das Wahl-Regime fokussierten Verständnis (exemplarisch *Freedom House*) von einem umfassenderen Demokratieansatz (exemplarisch "*embedded democracy*"-Ansatz von Merkel/Puhle) ausgegangen, da nur so die Stabilisierungswirkungen von Demokratie und Demokratisierung erfasst werden können.

Beim Themenkomplex *Verrechtlichung internationaler Beziehungen* soll primär die originäre Zivilisierungswirkung rechtlicher gegenüber machtgestützten - gewaltförmigen wie politisch-verhandlungsorientierten - Ansätzen der Konfliktregulierung empirisch und konzeptionell untersucht werden.

Insbesondere der Themenbereich *nachhaltige Entwicklung und Entwicklungsstrategien* ist derart breit, dass auf jeden Fall ein konkreter Konfliktbezug gegeben sein muss. Exemplarische Beispiele sind Wasser- oder Fluss-Management, Themen, zu denen am IFSH langjährige Vorarbeiten existieren. Umgekehrt gilt jedoch auch, dass die Bearbeitung von Gewaltkonflikten etwa im Kaukasus oder in Zentralasien angesichts der prominenten Bedeutung der Entwicklungsdimension als Konfliktursache schlechthin unmöglich wäre bzw. zu systematisch verkürzten Ergebnissen führen müsste.

Unter dem Forschungsschwerpunkt *zivile Einbindung des militärischen Faktors* fasst das IFSH zwei wesentliche Untersuchungsgegenstände zusammen. Der erste betrifft die Ausformung des Instruments Streitkräfte (sowie des gesamten Sicherheitsapparats) hinsichtlich Auftrag, Größe, Struktur und Ausstattung sowie den Einsatz dieses Instruments durch demokratisch legitimierte Instanzen. Das zweite Untersuchungsfeld betrifft die quantitative, qualitative und präventive Begrenzung militärischer Fähigkeiten durch Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Die erste Fragestellung betrifft nach Auffassung des IFSH nicht nur postkommunistische Transformationsstaaten und Entwicklungsländer, sondern auch entwickelte Demokratien, al-

lerdings mit unterschiedlicher Untersuchungsperspektive. Bei der Analyse des Streitkräftedispositivs von *NATO-Staaten*, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, lautet die zentrale Fragestellung, ob und inwieweit diese Streitkräfte über die Selbst- und Bündnisverteidigung hinaus zur Flankierung primär ziviler Konfliktregulierungsoptionen geeignet sind, ob gesichert ist, dass ihr Einsatz auf hinreichender völkerrechtlicher Grundlage (VN-Mandat) erfolgt, oder ob Strukturen und Strategien auf unilaterale Interventionsoptionen zielen. Für die Untersuchung der Streitkräfte von *Transformationsstaaten* ist neben der eben erwähnten Fragestellung relevant, ob sie effektiv demokratisch kontrolliert werden oder zumindest partiell als *reserved domains* eigenständige Träger politischer Macht darstellen. Eine relativ neue, maßgeblich von internationalen Finanzorganisationen aufgebrachte Fragestellung betrifft umfassende Sicherheitssektorreformen in *Entwicklungsländern* als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Dieser Blickwinkel ist ebenfalls fruchtbar für die weniger entwickelten postkommunistischen Transformationsstaaten insbesondere im Kaukasus und in Zentralasien.

Der Forschungsbereich *Rüstungskontrolle und Abrüstung* ist wissenschaftlich und politisch derart relevant, umfassend und thematisch ausdifferenziert, dass er eines eigenen Arbeitsbereichs (AB I) am IFSH bedarf. Rüstung, Rüstungskontrolle und Abrüstung stellen im übrigen seit der Gründung des Instituts kontinuierliche und besonders umfassend bearbeitete Themenfelder des IFSH dar. Vier Forschungsschwerpunkte stehen im Vordergrund. Erstens ist es auch ein Jahrzehnt nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation noch nicht gelungen, das *Konzept der Rüstungskontrolle* durchgängig von bipolar-paritätischen Mustern zu lösen. Von daher sind konzeptionell insbesondere multipolar-asymmetrisch angelegte Beziehungsmuster von Rüstungskontrolle zu durchdenken. Zweitens wird für den Planungszeitraum und weit darüber hinaus dem Thema *nukleare Rüstungskontrolle und Raketenabwehr/Weltraumwaffen* zentrale Bedeutung zukommen. Drittens soll die Beobachtung der *europäischen Rüstungskontrolle* auf einem hinreichenden Niveau in Zusammenarbeit mit CORE fortgesetzt werden. Viertens geht es darum, die in den vergangenen Jahren angesammelte erhebliche Expertise im Bereich präventiver Rüstungskontrolle auf spezifische Themenfelder, z.B. die Rückbindung bereits existierender Rüstungskontrollinstrumente an subregionale Krisensituationen anzuwenden.

Die *regionalen Schwerpunkte* der Forschungstätigkeit des IFSH stellen jene drei europäischen Subregionen dar, welche die höchste Dichte gewaltsam ausgetragener Konflikte aufweisen: Balkan, Kaukasus und Zentralasien. Dabei dürfen flankierende bzw. in Bezug auf globale (Sub-)Regionen gerichtete Maßnahmen nicht ausgeblendet werden. Dies betrifft Osteuropa einschließlich Russland, Asien und den Nahen Osten.

Gewaltförmig ausgetragene Konflikte auf dem *Balkan* dürften nach dem Regimewechsel in der BR Jugoslawien und ungeachtet der Krise in Mazedonien ihren Intensitätshöhepunkt überschritten haben. Dennoch steht eine schwierige, wahrscheinlich in Jahrzehnten zu messende Konsolidierungsphase bevor, die eine langfristige Verfolgung dieses Schwerpunkts erfordert. Da sich der Fokus bezüglich der Akteure absehbar auf die EU - bei bleibendem Engagement der OSZE - verlagern wird, sind insbesondere der AB II, der über Jahre umfangreiche Expertise akkumuliert hat, und CORE verantwortlich.

Kaukasus und Transkaukasus werden aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage, der hohen ethnopolitischen Fragmentierung, der großen Ressourcenvorkommen, der damit verbundenen Großmachtinteressen und der aus diesen Faktoren erwachsenden Funktionalisierungsmöglichkeiten der Primärkonflikte auf lange Sicht Krisenherde bleiben. Die langfristige Befassung mit dieser Region kann ebenfalls auf Vorarbeiten aufbauen, verantwortlich sind CORE und AB II.

Dieselbe Begründung gilt für die fünf *zentralasiatischen Staaten*. Hinzu kommt, dass sich in dieser Region islamistische Bewegungen zu einer ordnungspolitischen Herausforderung für ein westlich-säkular geprägtes Demokratieverständnis entwickeln könnten, eine Entwicklung, die wahrscheinlich erst am Anfang steht. Das IFSH legt einen neuen langfristigen Schwerpunkt auf diese Schlüsselregion, verantwortlich ist CORE.

Ausgewählte Thematiken aus *Asien* sind für die Forschungsagenda des IFSH aus zwei Gründen unverzichtbar. Erstens ist Asien der Schlüsselkontinent des 21. Jahrhunderts. Eine Befassung mit globalen Problemen unter Vernachlässigung Asiens ist daher undenkbar. Zweitens stehen verschiedene asiatische Länder (z.B. Afghanistan, Pakistan, China) in einem derart engen Zusammenhang mit der zentralasiatischen Problematik, dass sie auf keinen Fall vernachlässigt werden können.

Schon aufgrund der Rückwirkungen in den europäischen Raum sowie auf islamische Staaten und islamistische Bewegungen ist die langjährige Befassung mit dem *Nahen Osten* auf dem bisherigen Niveau fortzusetzen.

4. Forschungsvorhaben 2001/2002

Im folgenden werden die einzelnen für die Jahre 2001 und 2002 geplanten Forschungsvorhaben des IFSH in ihrem inhaltlichen und kooperativen Zusammenhang in knapper Form dargestellt. Eine ausführlichere Darstellung findet sich in den Forschungsplänen der Arbeitsbereiche (Anlage I bis IV).

4.1 Grundsatzfragen der Gewaltprävention und zivilen Konfliktbearbeitung

Die Anfang 2001 im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung fertiggestellte Studie zum Thema "*Krisenprävention als politische Querschnittsaufgabe: Institutionelle und instrumentelle Ansatzpunkte für die Bundesrepublik Deutschland*", zu der die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses beigetragen hat, soll im Sommer aktualisiert, mit Experten und Politikern diskutiert und im Frühherbst veröffentlicht werden. Anliegen der Studie ist es, verschiedene Akteursebenen auf nationaler und europäischer Ebene mit dem Ziel zu untersuchen, in einem Verständnis von Krisenprävention als ressortübergreifender Querschnittsaufgabe Handlungsoptionen für die Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten.

4.2 Krisenprävention und Friedenskonsolidierung als Aufgabe von VN, OSZE und EU

Dieses Themenfeld wird schwerpunktmäßig im CORE, aber auch in den AB II und IV bearbeitet.

4.2.1 Arbeitsfelder und -instrumente der VN und der OSZE

In diesem Themenbereich sind fünf Projekte angesiedelt, die teils stärker auf Themenfelder, teils stärker auf Interventionsinstrumente zielen, wobei beide Bereiche untrennbar miteinander verbunden sind. Das gemeinsame Ziel dieser Vorhaben besteht darin, dazu beizutragen, den internationalen Kenntnisstand über die Möglichkeiten und Grenzen ziviler Konfliktintervention durch internationale Organisationen spürbar zu vertiefen.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE gilt schlechthin als *die* "Erfolgsstory" dieser Organisation bei der Regulierung ethnopolitischer Konflikte, eine vergleichende empirische Untersuchung seiner Wirksamkeit liegt jedoch noch nicht vor. Das seit 1999 laufende Projekt *"Zur Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes. Vergleichende Fallstudien zur Umsetzung der Empfehlungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) der OSZE"* (HKNM-Projekt) untersucht in Estland, Lettland und der Ukraine für Russisch sprechende Minderheiten, in Rumänien und der Slowakei für ungarische Minderheiten und in Mazedonien für die albanische Minderheit zum einen die relative Wirksamkeit des HKNM, zum anderen die Frage, welche Bedingungen zu einer unterschiedlichen Wirksamkeit des Instruments HKNM führten.

Während das HKNM-Projekt spezifisch auf die Implementierung von Minderheitenrechten zielt, will das Projektvorhaben *"Sicherheit durch Demokratisierung. Theoretischer Rahmen und vergleichende Fallstudien zu Zielen, Problemadäquatheit, Organisation und Wirksamkeit der auf Sicherheitsbildung gerichteten Demokratisierungsmaßnahmen der OSZE in Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan"* (Demokratie-Projekt) den großen Zusammenhang zwischen Demokratie, Transformation, innenpolitischen Konfliktkonstellationen und externen Demokratisierungsstrategien untersuchen. Die Fallauswahl greift bewusst jene Subregionen heraus, in denen externe Demokratisierungsansätze auf die größten Demokratiedefizite und teils auch auf konkurrierende ordnungspolitische Wertmuster (Islam) treffen. Das Vorhaben, das Anfang 2002 seine Arbeit aufnehmen soll, wäre die erste übergreifende Studie zu diesem Thema. Das Vorhaben profitiert wesentlich von den Vorarbeiten des HKNM- und des Missionsprojekts (s.u.) und weist ferner ein hohes Synergiepotential zu den im AB IV geplanten Studien zum Verhältnis von Demokratie und Weltinnenpolitik auf.

Die Fragestellung des Verhältnisses der normativen Basis der OSZE zu den ordnungspolitischen Ansprüchen islamistischer Bewegungen wird exemplarisch im laufenden Projekt *"Aufbau einer friedenserhaltenden Dialoglinie mit Vertretern des gemäßigten Flügels islamistischer Kräfte in Tadschikistan und Zentralasien"* (Tadschikistan-Projekt) vertieft. Dieses in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt durchgeführte Vorhaben stellt ein Forschungsexperiment dar, das gleichermaßen den Kenntnisstand über das Kooperationspotential zwischen säkularen und gemäßigt islamistischen Kräften vertiefen als auch einen Dialogprozess zwischen Vertretern dieser beiden Gruppierungen in Tadschikistan organisieren will. Das Projekt soll 2002 auf zentralasiatischer Ebene fortgeführt werden.

Von den eher instrumentell ausgerichteten Vorhaben untersucht das in AB IV angesiedelte Projekt *"Internationale Polizei - eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung?"* (CivPol-Projekt) anhand von acht Fallbeispielen (u.a. Ost-Timor, Bosnien und Herzegowina, Kosovo) die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Polizeieinsätze als Ergänzung, möglicherweise partiell auch als Ersatz für militärische *Peace Keeping*-Optionen. Da diese Debatte in hohem Maße für die derzeit in der OSZE laufende Diskussion über *Executive Policing* relevant ist, wird das Projekt in enger Kooperation mit CORE durchgeführt. Eine vergleichbare Untersuchung gibt es in Deutschland bisher noch nicht. Da der Frage internationaler Polizeieinsätze wachsende Bedeutung zukommt, sollen weitere Forschungsvorhaben folgen.

Das Projektvorhaben *"Leistungsbilanzen von OSZE- und VN-Missionen unterschiedlicher Größenordnung am Beispiel der Missionen in Georgien, dem Kosovo, in Mazedonien und in Tadschikistan"* (Missions-Projekt) soll im 2. Hj. 2001 seine Arbeit aufnehmen. Da das Vorhaben auch international die erste systematische empirische Untersuchung multifunktionaler ziviler VN- und OSZE-Missionen darstellt, kommt ihm für diesen Themenbereich zentrale Be-

deutung zu. Das bei CORE angesiedelte Vorhaben profitiert von den Vorarbeiten des CivPol-Projekts, mit dem eine enge Zusammenarbeit vorgesehen ist.

4.2.2 Arbeitsfelder und -instrumente der EU

Die Europäische Union ist bereits seit längerer Zeit im Bereich der strukturellen Konfliktprävention tätig, hat sich aber erst seit 1999 verstärkt den Aufgabenfeldern operativer ziviler Krisenprävention und militärischer Konfliktintervention zugewandt. Von daher besteht dringender Forschungsbedarf hinsichtlich des präventiven Potentials der EU, der Ausgestaltung ihres Instrumentariums sowie ihrer Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

Das im AB II angesiedelte Projektvorhaben "*Konfliktprävention als Herausforderung für die GASP/ESVP der EU*" (Konfliktprävention und GASP-Projekt) will die konzeptionellen Fragen sowohl ziviler Krisenprävention als auch militärischer Konfliktintervention seitens der EU untersuchen. Da dies die Frage der interinstitutionellen Arbeitsteilung und Kooperation mit den VN, der OSZE und der NATO berührt, soll das Projekt in engem Austausch mit CORE bearbeitet werden. Diese konzeptionelle Analyse soll durch eine subregionale Studie zum Thema "*Möglichkeiten und Grenzen der EU bei der Stabilisierung Südosteuropas*" (EU/Südosteuropa-Projekt) ergänzt werden, wobei die Synergiepotentiale zum CivPol- zum Missions- und zum WVK-Projekt (s.u.) in einer Weise genutzt werden sollen, dass insbesondere die Frage der interinstitutionellen Kooperation (und Konkurrenz) aus mehreren Projekten heraus beleuchtet wird.

Einen spezifischen Themenbereich von hoher Bedeutung insbesondere für Fragen der Friedenskonsolidierung untersucht das am 1. Juli 2001 anlaufende und bei CORE angesiedelte Projekt "*Towards a Comprehensive Strategy on Forced Displacement: Integrating the Refugee Dimension into EU External Relations*" (Refugee Project), das einerseits wegen seiner Fallauswahl (Balkan, Kaukasus, Maghreb) Synergien zu anderen CORE-Projekten aufweist, andererseits aufgrund seines zentralen EU-Bezugs in enger Zusammenarbeit mit AB II durchgeführt wird.

4.2.3 Ausbildung und Information von Mitgliedern ziviler VN- und OSZE-Missionen

Auf der Grundlage der Beteiligung von CORE am Ausbildungsgang des Auswärtigen Amts für künftige Mitglieder ziviler VN- und OSZE-Missionen ist die Erbringung zweier spezifischer *wissenschaftsgestützter Dienstleistungen* geplant. Zum einen erarbeitet CORE im Jahr 2001 drei sogenannte *Mission Information Packages* zum Kosovo, Bosnien und Herzegowina sowie zu einem weiteren Einsatzland, die in englischer Sprache als Internet-Version Missionsmitgliedern einen gut gegliederten und mit zahlreichen Links zu weiterführenden Informationsangeboten versehenen Überblick über die Konfliktentwicklung in ihrem Einsatzland und die diesbezügliche Tätigkeit der internationalen Organisationen geben sollen. Die *Packages* werden in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der *Training and Capacity Building Unit* des OSZE-Sekretariats und den entsprechenden Missionen produziert. Dabei wird auch auf die Südosteuropa-Expertise von AB II zurückgegriffen. Zum anderen plant CORE zusammen mit der *Training and Capacity Building Unit* und einem internationalen wissenschaftlichen Partner ein *Mission Training Evaluation Project*, dessen Ziel darin besteht, eine umfassendere Evaluierung des Ausbildungsstandes von Missionsmitgliedern und darüber indirekt der in den verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten angebotenen Ausbildungsgänge vorzunehmen. Das Vorhaben ist insofern von besonderer Bedeutung, als es das erste CORE-Projekt sein soll, das in direkter institutioneller Kooperation mit einer internatio-

nen Organisation durchgeführt werden soll. Solche Aktivitäten sollen längerfristig ausgebaut werden.

4.3 Aufgabenfelder der Zivilisierung von Gewaltkonflikten

Die drei zentralen Forschungsfelder hier sind Demokratisierung, die Verrechtlichung internationaler Beziehungen und nachhaltige Entwicklung. Aufgrund der sehr begrenzten Kapazitäten des Instituts konnte die Entwicklung in diesen drei Bereichen nicht in gleicher Weise vorangetrieben werden. Während in den ersten beiden bereits laufende Projekte existieren, gibt es für den dritten Bereich, abgesehen von wenigen Pilotstudien, lediglich Planungen. Im folgenden werden Vorhaben vorgestellt, die bisher noch keine Erwähnung fanden. Projekte, die bereits weiter oben beschrieben wurden, werden hier lediglich kurz benannt. Die folgenden Vorhaben werden von den Arbeitsbereichen II und IV sowie von CORE bearbeitet.

4.3.1 Zivilisierung von Konflikten durch Demokratisierung

Zusätzlich zu den beiden vergleichenden Fallstudien des HKNM- und des Demokratisierungsprojekts will das in AB IV angesiedelte Projektvorhaben *"Unterschiede und Ähnlichkeiten im Umgang mit der Vergangenheit: Modellstudie zur Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (WVK) im Kosovo"* untersuchen, ob und inwieweit das in einer Reihe von Ländern erprobte Instrumentarium einer WVK unter den spezifischen Bedingungen des Kosovo einsetzbar ist. Dazu wird ein Drittmittelantrag erarbeitet. In AB IV ist geplant, im Jahre 2002 bzw. 2003 einen internationalen Workshop zur vergleichenden Effizienzanalyse bisher durchgeführter Wahrheits- und Versöhnungskommissionen durchzuführen. Hieraus sollen Schlussfolgerungen für möglicherweise ähnliche Vorhaben auf der koreanischen Halbinsel und im Kosovo abgeleitet werden. Beide Arbeitsbereiche sowie CORE kooperieren eng bei diesem Versuch, die Anwendbarkeit des Instruments WVK auf verschiedene Weltregionen zu prüfen. Weitergeführt werden sollen die Forschungen zu normativen Grundlagen und Möglichkeiten der Implementierung einer Weltinnenpolitik, insbesondere Studien zur Entwicklung der Demokratie in den internationalen Beziehungen sowie zur effektiven Organisation kooperativer Weltinnenpolitik.

4.3.2 Zivilisierung von Konflikten durch Verrechtlichung

Gegen Ende 2001 soll das in AB IV angesiedelte drittmittelfinanzierte Forschungsvorhaben *"Frieden durch Recht"* abgeschlossen werden. Das Ziel des Projekts besteht in der Erarbeitung eines optimierten und realisierbaren Modells internationaler Gerichts- und Schiedsgerichtsbarkeit, das sich auf die vergleichende empirische Analyse sämtlicher Fälle des Internationalen Gerichtshofes, des Internationalen Seegerichtshofes, des Ständigen Internationalen Gerichtshofes des Völkerbundes und des Ständigen Schiedshofes stützt.

Als Serviceleistung für Wissenschaft, Politik und Medien ist die Herausgabe eines *Periodikums "Frieden und Recht"* vorgesehen. Als weitere Serviceleistung mit unbefristeter Laufzeit wird die Einrichtung einer Datenbank zur Internationalen Gerichtsbarkeit vorbereitet, für deren Betrieb Drittmittel beantragt worden sind.

Terroristische Formen der Konfliktaustragung stellen heute ein zentrales internationales Problem dar, Terrorismusbekämpfung kann als spezifische Form der Rechtsdurchsetzung verstanden werden. Nachdem von AB IV bereits in den vergangenen Jahren zwei von der DaimlerChrysler AG geförderte interdisziplinäre Workshops zu den Themen *"Terror mit Massen-*

vernichtungsmitteln - die Verwundbarkeit von industriellen und städtischen Ballungsgebieten" sowie *"Cyberterror - die Verwundbarkeit von Kommunikations- und Informationsstrukturen"* durchgeführt wurden, an denen neben Vertretern anderer Wissenschaftsdisziplinen auch hochrangige Vertreter von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft teilnahmen, soll 2003 in Zusammenarbeit mit AB I ein weiterer Workshop zum Thema *"Terrorismusbekämpfung und Möglichkeiten der Verifikation"* durchgeführt werden.

4.3.3 *Zivilisierung von Konflikten durch nachhaltige Entwicklung*

Die Arbeiten an diesem in AB IV angesiedelten Themenbereich stehen noch am Anfang. In ersten Pilotstudien, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wurden, ist unter anderem die Gewichtung von Entwicklungskriterien bei der Entscheidung über die Durchführung von Rüstungsexporten und die Gewähr militärischer Ausrüstungshilfen an Entwicklungsländer untersucht worden. Der Befund des IFSH fand Eingang in die Beratungen über die Neufassung der Politischen Richtlinien der Bundesregierung zur Durchführung von Rüstungsexporten. Im Rahmen des umfassenden Themas *"Umweltressourcen und Gewaltkonflikte"* wird das IFSH im Rahmen eines für diesen Themenbereich vorgesehenen Forschungsverbundes der Universität Hamburg für das Thema *"Praktische und synergetische Verfahren und Methoden der Deeskalation für begrenzte Konfliktszenarien (Tool-Box-Verfahren)"* die gestalterische und koordinierende Führerschaft übernehmen. Bezüglich konkreter Konfliktszenarien ist im Bereich Flussmanagement ein Drittmittelantrag für ein Projekt zum Thema *"Konfliktszenarien durch Ressourcennutzung am Beispiel des Gelben Flusses"* gestellt worden, das ab 2001 mit einer Laufzeit von drei Jahren im Rahmen einer multidisziplinären Arbeitsgruppe Hamburger Wissenschaftseinrichtungen bearbeitet werden soll. Zu diesem Thema liegen bisher international noch keine Studien vor. Im Bereich der Dienstleistungen erarbeitet CORE im ersten Halbjahr 2001 im Auftrag des Auswärtigen Amtes eine kommentierte Zusammenstellung von OSZE-Beschlüssen und Empfehlungen zum Thema *"ökologische Sicherheit"* zur Vorbereitung auf ein von der Schweiz und Deutschland initiiertes OSZE-Seminar zum Thema *"Ökologische Sicherheit"*.

4.4 *Die zivile Einbindung des militärischen Faktors*

Die zivile Einbindung des militärischen Faktors markiert einen breiten Themenbereich, innerhalb dessen sich das IFSH auf die Themen *"Reform und demokratische Kontrolle von Streitkräften"* (AB II und IV) und *"Rüstungskontrolle und Abrüstung"* (AB I unter Mitarbeit von CORE) konzentriert. Damit sind alle Arbeitsbereiche des IFSH in diesen zentralen Themenkomplex eingebunden.

4.4.1 *Reform und demokratische Kontrolle von Streitkräften*

Streitkräfte sind in Auftrag, Größe, Struktur und Ausstattung fortlaufend veränderten Bedingungen anzupassen, ihre demokratische Kontrolle ist eine ständige Aufgabe. Die in den AB II und IV angesiedelten Vorhaben des IFSH in diesem Bereich beziehen sich auf NATO-Staaten, insbesondere Deutschland, auf Transformationsstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas und auf ausgewählte Entwicklungsländer.

4.4.1.1 Deutschland: Bundeswehrreform-Projekt

Das im AB II bearbeitete Projekt *"Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr"*, an dem Wissenschaftler/innen, Offiziere und Politiker/innen mitarbeiten, soll 2001 mit der Vorlage des Abschlussberichts beendet werden. Ebenfalls Ende 2001 abgeschlossen werden soll das Vorhaben *"Institutionelle Aspekte der Inneren Führung"*, in dem institutionelle Defizite der gesellschaftlichen Integration der deutschen Streitkräfte analysiert und Lösungsansätze aufgezeigt werden sollen.

4.4.1.2 Mittel-, Südost- und Osteuropa: Baudissin-Fellowship

Mit dem Aufenthalt des 21. Fellow am IFSH zwischen Juli und Dezember 2001 wird zumindest die erste Phase des seit 1996 laufenden *"Internationalen Fellowship-Programms Graf Baudissin"* (IFGB) zu Ende gehen. Ziel des in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr durchgeführten IFGB ist es, Offizieren, aber auch Mitarbeitern der zivilen Verteidigungsadministration und angeschlossener Wissenschaftseinrichtungen aus mittel-, südost- und osteuropäischen Ländern im Rahmen eines jeweils sechsmonatigen Forschungsaufenthalts am IFSH die Gelegenheit zu geben, sich mit Fragen der Inneren Führung und der europäischen Sicherheit auseinanderzusetzen. Da nach Auffassung des IFSH weiterhin dringender Bedarf nach einem derartigen Projekt besteht, bemüht sich AB II um Mittel für seine Fortführung.

4.4.1.3 Entwicklungsländer: Sicherheitssektorreform-Projekt und Datenbank

Eine umfassende Reform des Sicherheitssektors gewinnt als Voraussetzung für das Erreichen des Ziels nachhaltiger Entwicklung und zur besseren Gewährleistung der menschlichen Sicherheit wachsende Relevanz in Entwicklungs- und Transformationsländern. Eine Kernaufgabe in diesem Zusammenhang ist die Weiterbildung von Schlüsselpersonal aus den entsprechenden Ländern. Zur Lösung dieser Aufgabe soll die Einrichtung eines in AB IV angesiedelten *Baudissin-Fellowship* beitragen, das Offizieren und Sicherheitsexperten aus Schwerpunktländern der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit gibt, im Rahmen eines halbjährigen Forschungsaufenthalts am IFSH Probleme der Sicherheitssektorreform ihrer Herkunftsländer wissenschaftlich zu bearbeiten. Das Programm soll mindestens drei Jahre laufen, ein Drittmittelantrag ist bei der GTZ gestellt worden. Ergänzt werden soll dies durch eine *Datenbank zur Sicherheitssektorreform*, für die zunächst für fünf Jahre Drittmittel beantragt worden sind. Darüber hinaus soll in Absprache mit AB I bei der GTZ ein Förderantrag für ein *Forschungsvorhaben zur Eindämmung der Verbreitung von Kleinwaffen* gestellt werden.

4.4.2 Quantitative, qualitative und präventive Begrenzung militärischer Kapazitäten durch Rüstungskontrolle und Abrüstung

Vorhaben der Rüstungskontrolle und Abrüstung werden in AB I bearbeitet, bei Themen europäischer Rüstungskontrolle in Kooperation mit CORE. Die Tatsache, dass AB I derzeit nur über wenige Mitarbeiter verfügt, bedeutet nicht, dass dem Thema geringere Bedeutung zukäme. Im Gegenteil, die sich für die kommenden Jahre abzeichnenden Gefahren für bereits als gesichert erachtete rüstungskontrollpolitische Kernsubstanz (ABM-Vertrag, START, Bio-waffen-Konvention) sowie der dringende konzeptionelle Bedarf in einer Reihe bisher unzurei-

chend bearbeiteter Felder, z.B. der stärkeren Verknüpfung von Rüstungskontrolle und Krisenprävention, zwingen zu einer Ausweitung der Aktivitäten. Deshalb besteht das primäre Ziel im AB I für diese Planungsperiode darin, über Drittmittel mehr Themenfelder abdecken zu können.

4.4.2.1 Konzeptionelle Fragen der Rüstungskontrolle

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Themenkomplexe Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle erheblich diversifiziert. Gleichzeitig ist es konzeptionell bisher nur unzureichend gelungen, sich von dem bipolaren Paradigma der Ära der Ost-West-Konfrontation zu lösen. Ungeachtet dieser Herausforderungen gibt es kein wissenschaftliches Einführungswerk in die Problematik. Ein solches soll im Rahmen des Vorhabens *"Interdisziplinäre Einführung Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle"* erarbeitet, ein entsprechender Drittmittelantrag wird vorbereitet.

4.4.2.2 Nukleare Rüstungskontrolle und Raketenabwehr

Vor dem Hintergrund stagnierender nuklearer Rüstungskontrolle kommt der Problematik der vorgesehenen Einführung von Raketenabwehr eine Schlüsselrolle zu. Für Juli 2001 geplant ist der Beginn des zweijährigen drittmittelfinanzierten Forschungsvorhabens zum Thema *"Stand und konkrete Beispiele für präventive Rüstungskontrolle: Raketenabwehr und neue Technologien"*. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf dem Zusammenhang zwischen den defensiven und den offensiven Komponenten des nuklearstrategischen Dispositivs unter besonderer Berücksichtigung neuer Wirkungsprinzipien wie Laserwaffen oder elektromagnetischen Kanonen. Ebenfalls 2001 soll ein weiterer Drittmittelantrag für ein Forschungsvorhaben zum Thema *"Die Bewaffnung des Weltraums und Rüstungskontrolle"* erarbeitet werden. Dieses Projekt soll einen Überblick über technologische Möglichkeiten und Programme zur Bewaffnung des Weltraums (Raketenabwehr, Laserwaffen, Anti-Satellitenwaffen etc.) erarbeiten sowie Vorschläge für praktikable Rüstungskontrollschritte zusammenstellen bzw. neu erarbeiten.

4.4.2.3 Europäische Rüstungskontrolle

In Kooperation mit CORE soll 2001 ein Konzept für eine für 2002 geplante internationale Konferenz zum Thema *"Rüstungskontrolle und Krisenprävention"* erarbeitet werden, auf der unter Beteiligung von Wissenschaftler/innen und Praktikern überprüft werden soll, ob, inwieweit, unter welchen Bedingungen und auf welchen Eskalationsstufen Instrumente der Rüstungskontrolle (vorrangig KSE-Vertrag, Wiener Dokument 99, Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies-Vertrag) auch als Instrumente der Krisenprävention eingesetzt werden können. Daneben wird CORE weiterhin den KSE-Anpassungsprozess, die Arbeit des OSZE-Forums für Sicherheitskooperation und die Entwicklung der Dayton Agreement, Annex I B, Artikel V-Verhandlungen (ehemaliges Jugoslawien und seine Nachbarstaaten) verfolgen.

4.4.2.4 Präventive Rüstungskontrolle

Aufbauend auf dem im 1. Quartal 2001 abgeschlossenen BMBF-Rahmenprojekt *"Methoden, Kriterien und Konzepte für präventive Rüstungskontrolle"* und anknüpfend an frühere Aktivi-

täten soll ab Ende 2001 ein 15-monatiges Forschungsvorhaben "*Präventive Rüstungskontrolle und Information Warfare*" durchgeführt werden, für das ein Drittmittelantrag ausgearbeitet wird. Ein erster Workshop zu diesem Thema, der vom IFSH mit veranstaltet wird, findet Ende Juni 2001 statt.

4.5 Regionale Schwerpunkte: Balkan, Kaukasus, Zentralasien

Die regionalen Schwerpunkte der Forschungstätigkeit des IFSH konzentrieren sich auf den Balkan, den Kaukasus und Zentralasien, sowie abgestuft auf Osteuropa/Russland, Asien und den Nahen Osten. Im folgenden werden neben einer kurzen Aufzählung bereits dargestellter Projekte diejenigen Vorhaben beschrieben, die in den Themenbereichen 2 bis 4 noch keine Erwähnung fanden.

4.5.1 Balkan

Da sich das HKNM-Projekt, das Missionsprojekt, das EU/Südosteuropa-Projekt, das WVK-Projekt und die *Mission Information Packages* ganz oder teilweise auf den Balkan bzw. einzelne Länder dort beziehen, ist diese Subregion in hervorragender Weise abgedeckt. Da das IFSH davon ausgeht, dass die Balkan-Problematik auch auf längere Sicht hin relevant bleiben wird, ist vorgesehen, regelmäßig Vorhaben zu dieser Subregion zu bearbeiten. Dies ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, um einen vertieften Kenntnisstand bei spezialisierten Mitarbeiter/innen aufzubauen und zu erhalten.

4.5.2 Kaukasus

Zusätzlich zum Fallbeispiel Georgien des Missionsprojekts, den Fallbeispielen Aserbeidschan und Georgien des Demokratisierungsprojekts und möglicherweise (vorbehaltlich der Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt) einem *Mission Information Package* zu Georgien, bearbeitet das laufende Projekt "*Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens: Zur Rolle kleiner und schwacher Staaten bei der Gestaltung einer neuen europäischen Friedensordnung*" im Rahmen einer Länderstudie die spezifischen sicherheitspolitischen Probleme der kaukasischen Staaten. Zwischen den genannten vier Vorhaben ergeben sich insbesondere in Bezug auf Georgien hervorragende Synergiepotentiale. Damit wird gleichzeitig die vorhandene Kaukasus-Expertise vertieft. Der Schwerpunkt Kaukasus soll langfristig bearbeitet werden und auch den nordkaukasischen Bereich einbeziehen.

4.5.3 Zentralasien

Mit den laufenden Vorhaben Tadschikistan-Projekt und OSZE-Islam-Papier wird erstmals im Rahmen dieses Forschungsprogramms mit dem Aufbau eines Kompetenzbereichs Zentralasien begonnen. Da jedoch davon ausgegangen wird, dass die Konfliktdichte in diesem politisch, kulturell-normativ und strategisch wichtigen Verbindungsraum auf längere Sicht zunehmen wird, soll diese neue Schwerpunktsetzung langfristig aufrecht erhalten und ausgebaut werden.

4.5.4 Osteuropa und Russland

Osteuropa und Russland stellen traditionelle Schwerpunktregionen der Forschungstätigkeit des IFSH dar. Eine abgestufte Befassung mit dieser Region und insbesondere mit Russland wird auch weiterhin schon deshalb notwendig bleiben, weil die Russische Föderation in zahlreichen Konflikten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion eine *interessierte Partei* ist, ohne deren (zumindest partielle) Kooperation diese Konflikte kaum zu lösen sein werden.

4.5.5 Asien

Neben dem bereits genannten Gelben-Fluss-Projekt strebt AB IV vor dem Hintergrund mehrjähriger Befassung mit den beiden koreanischen Staaten und der Übertragbarkeit des KSZE-Prozesses, der deutschen Ostpolitik und der deutschen Vereinigung auf die koreanische Situation ein mehrjähriges internationales Forschungsprogramm an, das sich mit der Identifizierung kooperativer Handlungsoptionen zur Verringerung der militärischen Risiken in Nordostasien befassen und gemeinsam mit dem regierungsnahen Sejong-Institut in Seoul und der Kim Dae-Jung-Stiftung durchgeführt werden soll.

AB II plant ein Forschungsprojekt zum Thema *"Global Player EU? Zur Asienpolitik der EU im Rahmen der GASP"*, dazu soll 2002 ein Drittmittelantrag erarbeitet werden. Im Mittelpunkt des Vorhabens steht die Analyse der EU-Politik gegenüber Ostasien, Südostasien bzw. dem asiatischen Pazifikraum mit dem regionalen Schwerpunkt auf der VR China und ASEAN. Bei der Planung und Durchführung der beiden Vorhaben stimmen sich AB II und IV ab.

4.5.6 Naher Osten

Mit einer Laufzeit von 2002 bis 2004 soll bei der Deutsch-Israelischen Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung ein Forschungsförderungsantrag für ein Vorhaben zum Thema: *"Terrorismus und Sicherheit: Die Rolle des Islam bei gewaltförmigen Prozessen des nation- und state-building in der post-bipolaren Welt"* gestellt werden. Das in AB IV angesiedelte Projekt soll in Zusammenarbeit mit der Tel Aviv University und dem Beit Berl College in Israel durchgeführt werden; eine Abstimmung mit CORE ist vorgesehen.

5. Forschungsorganisatorischer Ausblick

Dauerhaft erfolgreiche Forschung bedarf einer langfristig zielorientierten Forschungsorganisation. Der folgende Abschnitt enthält einige Überlegungen zu zwei forschungsorganisatorischen Schlüsselfragen, nämlich nationale und internationale Kooperation sowie Personaleinsatz und Qualifizierung.

5.1 Nationale und internationale Kooperation

Das IFSH richtet in den kommenden Jahren die Entwicklung seiner wissenschaftlichen Kooperationsbeziehungen auf nationaler und internationaler Ebene an den folgenden vier Leitlinien aus, die in einem engen Zusammenhang stehen:

- schnellere, dichtere und stärker zielgerichtete *Kommunikation* mit wissenschaftlichen, politischen und sonstigen Partnern;
- stärkere Konzentration der *internationalen Kooperationsbeziehungen* auf Schwerpunktregionen und -länder;
- stärkere Konzentration der nationalen und internationalen Kooperationsbeziehungen auf *relevante Akteurs-Organisationen*;
- Steigerung des *Institutionalisierungsgrades* der wissenschaftlichen Kooperation.

Angesichts des schwer überschaubaren internationalen Angebots an wissenschaftlicher Information und der oft kurzen Aktualitätswahl konfliktbezogener Analysen wird die aktive Bereitstellung *schnellerer, dichter und stärker zielgerichteter Kommunikation* mit der Nachfrageseite auch für die Friedens- und sicherheitspolitische Forschung zu einer Herausforderung. Folgende Maßnahmen sollen helfen, dieser Herausforderung besser gerecht zu werden:

- Nach der im 1. Halbjahr abgeschlossenen Neugestaltung der IFSH- und CORE-Websites werden alle Veröffentlichungen aus dem IFSH, an denen das Institut oder seine Mitarbeiter/innen die Veröffentlichungsrechte besitzen, sofort *online* veröffentlicht. Zur besseren Information der Nachfrageseite werden, wie das bei CORE bereits der Fall ist, themenorientierte kostenlose *online*-Abonnementdienste eingerichtet.
- Wissenschaftliche Fachgesellschaften wie die AFK, die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) oder die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler sollen verstärkt für kommunikative Zwecke genutzt werden. Dabei ist ein hinreichender Grad an Institutionalisierung anzustreben. Dasselbe gilt für die internationale Ebene.
- Laufende Projekte veranstalten verstärkt bereits während ihrer Laufzeit kleinere *Workshops* und Präsentationen, um bereits ihre Zwischenergebnisse zur Diskussion zu stellen.

Zur Abstützung der inhaltlichen Orientierung ist eine stärkere *Konzentration der internationalen Kooperationsbeziehungen auf Schwerpunktregionen und -länder (Landesteile)* erforderlich. Das IFSH legt seine Schwerpunkte auf den Balkan/Kosovo, den Kaukasus/Georgien und Zentralasien/Tadschikistan. Diese Zielsetzung betrifft wissenschaftliche, politische und sonstige (z.B. NGOs) Partner gleichermaßen. Ziel ist, im Planungszeitraum mit jeweils einer wissenschaftlichen Einrichtung pro Zielland eine institutionalisierte Partnerschaft aufzubauen.

Neue thematische Herausforderungen und Anforderungen entwickeln sich häufig im Dialog zwischen nationalen und internationalen Akteuren und wissenschaftlichen Einrichtungen, das Thema Sicherheitssektorreform z.B. ist maßgeblich von der Weltbank angestoßen worden. Um dieser Bedarfslage nach wissenschaftlicher Analyse gerecht zu werden, ist eine *stärkere Konzentration der nationalen und internationalen Kooperationsbeziehungen auf relevante Akteurs-Organisationen* erforderlich. Dabei können die einschlägigen Kooperationsbeziehungen in Deutschland zu Ministerien, dem Deutschen Bundestag und verschiedenen anderen öffentlichen und halböffentlichen Institutionen als gut bis ausgezeichnet bewertet werden. Eine weitere Ausdifferenzierung ist dennoch anzustreben. Dagegen sind auf internationaler Ebene noch erhebliche Defizite aufzuarbeiten. Nachdem mit dem Europarat regelmäßige und mit den verschiedenen OSZE-Instanzen dichte Arbeitsbeziehungen hergestellt worden sind, besteht jetzt das wichtigste Ziel darin, Kooperationsbeziehungen zur EU-Kommission und anderen Institutionen im Bereich der EU aufzubauen. Ebenfalls zu diesem Themenbereich gehört das Ziel, den Kreis der Förder- und Geberorganisationen auszuweiten und zu internationalisieren.

Die *Steigerung des Institutionalierungsgrades der wissenschaftlichen Kooperation* hat zwei Hauptaspekte. Zum einen sollte angestrebt werden, in Deutschland zusammen mit anderen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung gemeinsame Projekte in Größenordnungen zu beantragen und durchzuführen, für welche die Kapazitäten der einzelnen Einrichtungen nicht ausreichen. Angesichts der begrenzten Kapazitäten der deutschen Forschung über internationale Beziehungen im weiteren und der Friedens- und Konfliktforschung im engeren Sinne scheint ein solcher Schritt notwendig zu sein, um im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb bestehen zu können. Zum anderen sollte der Institutionalierungsgrad der internationalen wissenschaftlichen Kooperation bei Projekten mit Auslandsbezug schrittweise erhöht werden. Als Regel soll dabei gelten, dass jedes derartige Projekt nach Möglichkeit mit wissenschaftlichen Kooperationspartnern aus der zu untersuchenden Region zusammenarbeitet. Anzustreben ist eine Kooperation mit Instituten, die auch über Projektlaufzeiten hinaus aufrecht erhalten werden soll.

5.2 Personaleinsatz und Qualifizierung

Die nachfolgenden Anmerkungen beziehen sich erstens auf den Personalumfang, der notwendig ist, kontinuierlich bestimmte Themenschwerpunkte zu bearbeiten, und zweitens auf die themenorientierte Qualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen einschließlich einer zielgerichteteren Förderung von Nachwuchskräften.

Notwendiger Stellenumfang. Mittelfristig sollten in jedem Arbeitsbereich mindestens vier feste Stellen für wissenschaftliche Referent/innen eingerichtet werden. Ein derartiger Stellenumfang erscheint als das Minimum, um längerfristig kontinuierlich Themenschwerpunkte bearbeiten zu können, ohne durchgängig vom Erfolg eines jeden Förderantrags abhängig zu sein. Gleichzeitig ist ein derartiger Stellenumfang notwendig, um neben der Bearbeitung laufender Projekte kontinuierlich qualifizierte Förderanträge ausarbeiten zu können.

Themenorientierte Kompetenzteams. Komplexe Fragestellungen können immer weniger und erst recht nicht langfristig von Einzelwissenschaftler/innen bearbeitet werden. Von daher sind themenorientierte Kompetenzteams notwendig, die um den Kern fest angestellter Referent/innen herum aus Projektmitarbeiter/innen und Nachwuchskräften aufgebaut werden sollen. Dabei sorgen die festangestellten Kräfte für die unerlässliche Kontinuität, während Mitarbeiter/innen mit Zeitverträgen Flexibilität und neue Perspektiven einbringen. Gleichzeitig erleichtert diese Konstruktion die Einbeziehung ausländischer Mitarbeiter/innen sowie solcher Mitarbeiter/innen, die neben ihrer wissenschaftlichen Qualifikation relevante Praxiserfahrungen (z.B. aus internationalen Organisationen) einbringen können. Qualifizierte Forschung wird immer mehr auf einen in der wissenschaftlichen Forschung selbst verankerten Wissenschafts-Praxis-Austausch angewiesen sein.

Integration von Nachwuchskräften. Die beiden Ziele einer besseren Nachwuchsförderung und des Aufbaus von leistungsstarken Teams erfordern die Integration der Nachwuchsförderung in die laufende Forschungstätigkeit. Während heute die Themenfindung bei Diplom-/Magisterarbeiten und Dissertationen noch häufig auf primär individuellen, durch Beratung ergänzten Überlegungen der entsprechenden Nachwuchskraft beruht und folglich die Betreuung von außen, d.h. nicht aus einem laufenden Forschungszusammenhang heraus erfolgt, sollten in Zukunft, wie im naturwissenschaftlichen Bereich üblich, aus Projektzusammenhängen heraus solche Themen - einschließlich Betreuung - angeboten werden, die in dem jeweiligen Projektvorhaben nicht (ausreichend) untersucht werden können, den Bearbeitungsbereich des Projekts jedoch sinnvoll erweitern bzw. ergänzen. Diese Themenangebote, die in Abstimmung

mit interessierten Nachwuchskräften flexibel zu handhaben wären, sollen über die *Websites* von IFSH und CORE öffentlich ausgeschrieben werden. Die entsprechenden Nachwuchskräfte sollen Teil der Projektteams werden. Diese Überlegungen gelten auch für den geplanten Postgraduierten-Studiengang "Friedensforschung und Sicherheitspolitik".